

Niederschrift

der IX/6. Sitzung

Bezirksausschuss Bödefeld der Stadt Schmallingenberg

Sitzungstermin: Dienstag, 26. April 2016
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Dorfhalle Osterwald

Anwesende:

Vorsitzender

Franz-Josef Klauke

Stellv. Vorsitzende

Maïke Ochsenfeld

Ausschussmitglieder

Matthias Albers
Werner Braune
Christoph Brune
Heinz-Wilhelm Hellermann
Wilfried Kemper
Jürgen Meyer
Peter Neumann
Meike Ochsenfeld
Siegfried Osebold
Günter Peters
Heinz-Josef Rötze
Jörg Schirrey
Elmar Schröder
Reiner Völlmecke

als Vertreter für Werner Halbe

als Vertreter für Michael Schiff

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
Stadtangestellter Heiner Beste

Schriftführer

Stadtangestellter Michael Beste

Zur Tagesordnung stehen:

A. ÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

1. Einwohnerfragestunde
2. Gemeinde Bestwig - 4. FNP-Änderung zur Ausweisung von weiteren IX/537
Konzentrationszonen für Windenergieanlagen
- Sachinformation und Stellungnahme der Stadt Schmallenberg im
Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. BauGB
3. Jubiläum 675 Jahre Freiheitsrechte Bödefeld im Jahr 2017
4. Aktuelle Angelegenheiten im Bereich des Bezirksausschusses
5. Bericht der Verwaltung
6. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

1. Verschiedenes

Um 17:00 Uhr eröffnet der Ausschussvorsitzende Franz-Josef Klauke die Versammlung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Bezirksausschusses Bödefeld, die Zuhörer, sowie die Vertreter der Verwaltung. Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Einwohnerfragestunde

TOP 1.1 Straße unter der Brücke Ortseingang Bödefeld

Es wird die Frage gestellt, wann die Straße unter der Brücke neu gemacht wird. In Richtung des Baches sei dort eine Rinne, an der das Gras sehr hoch gewachsen sei. Wenn „Nachbars Hubert“ nicht gelegentlich die Schuppe in die Hand nehmen würde um das Gras zu beseitigen, würde an der Stelle das Wasser nicht mehr abfließen. Um das Problem zu lösen müsse das Gras ausgehoben werden, so der Fragesteller. Des Weiteren fügt dieser hinzu, dass der schlechte Zustand dieser Straße der Stadtverwaltung bereits mitgeteilt wurde, daraufhin aber nur eine notdürftige Ausbesserung durch Beschotterung erfolgt sei. Diese Maßnahme hätte allerdings nicht zum gewünschten Erfolg geführt, da die Straße teilweise 1,20 m bis 1,50 m große Risse aufweise.

TOP 1.2 Straßenschäden in Osterwald verursacht durch Sturm Kyrill

Ein Einwohner beklagt sich über die sehr stark beschädigte Straße in Osterwald. Diese Schäden seien eindeutig durch die Abfuhr von Holz, die durch die Kyrillschäden notwendig war, entstanden. Es sei direkt nach Verursachung der Schäden eine Reparatur versprochen worden, die allerdings bis heute nicht erfolgt sei. Durch die Ansammlung von Holz bei Schüttlers sei die Dorfstraße sehr stark frequentiert worden, so der Einwohner weiter. Außerdem seien im letzten Herbst wieder 1.700 Festmeter geschlagen worden, von denen der Forst ca. die Hälfte bereits abgefahren hat.

TOP 2 Gemeinde Bestwig - 4. FNP-Änderung zur Ausweisung von weiteren Konzentrationszonen für Windenergieanlagen - Sachinformation und Stellungnahme der Stadt Schmallenberg im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. BauGBIX/537

Stadtangestellter Heiner Beste teilt mit, dass sich die Gemeinde Bestwig in Bezug auf die Darstellung von Windkraftvorrangflächen auf ihrem Gebiet derzeit im vierten Flächennutzungsplanänderungsverfahren befinde. Die Zielsetzung der Gemeinde Bestwig sei, wie auch in anderen Städten und Gemeinden, auf die Steuerung der Errichtung von Windkraftanlagen, durch Vorgabe ausgewiesener Flächen, ausgelegt. Im März sei die Stadt Schmallenberg beteiligt worden, um eine Stellungnahme zur Vorentwurfsplanung der Gemeinde Bestwig abzugeben. Dabei handele es sich nicht um eine konkrete Standortbestimmung von Windkraftanlagen, sondern lediglich um eine Flächendarstellung. Des Weiteren teilt Herr Beste mit, dass seitens der Gemeinde Bestwig bislang weder ein Umweltbericht noch ein Artenschutzgutachten vorliege, die Stadt Schmallenberg aber dennoch eine Stellungnahme abgebe. Die Stadt Schmallenberg regt in ihrer Stellungnahme an, in Bezug auf die Planungsflächen 7 und 8, die Vermutung herauszunehmen, dass die kleinen Flächen auf Schmallerberger Gebiet ihre Fortsetzung finden würden, das sei nicht vorgesehen. Ein weiterer Hinweis der Stadt Schmallenberg betrifft die voraussichtlich erforderlich werdende Reduzierung des westlichen Bereiches aus artenschutzrechtlichen Gründen. Herr Beste erläutert, dass die Vorlage IX/537 bereits im technischen Ausschuss, der die Ausführungen ohne Einwände zur Kenntnis genommen hat, thematisiert wurde. Ein Ausschussmitglied fragt nach, ob es sich hier um einen Entwurf der Stellungnahme handelt. Diese Frage bejaht Herr Beste. Des Weiteren wird gefragt, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass auf der Winterberger Seite, an den 3 im Anlageplan gekennzeichneten Standorten, auch tatsächlich Windkraftanlagen gebaut werden. Herr Beste teilt mit, dass für die angesprochenen Standorte BImSch-Anträge für Windkraftanlagen gestellt wurden. Derzeit läuft das Prüfungsverfahren zur Genehmigungsfähigkeit beim zuständigen HSK. Zum Stand, zur Wahrscheinlichkeit und zum Zeitpunkt möglicher Genehmigungen und Anlagenerrichtungen liegen keine Erkenntnisse vor. Ein Ausschussmitglied schließt die Frage an, warum die Planung der Flächenausweisung für Windkraftanlagen nicht städteübergreifend erfolge und es keine Absprache zwischen den Kommunen gebe. Heiner Beste entgegnet, dass im Rahmen der seit 2012 laufenden städtischen Planungen zahlreiche Treffen auf Kreis- und kommunaler Ebene stattgefunden haben, bei denen über mögliche Windkraftflächen in den einzelnen Städten und Gemeinden diskutiert wurde. Letztendlich ist sich hier aber leider jeder zunächst einmal selbst der Nächste. Der im Laufe der Planungen ergangene Regionalplanentwurf mit dem Teilplan Energie mit einer Reihe zusätzlicher Potentialflächen habe die Gesamtdiskussion weiter erschwert. Jedem Projektierer stehe es frei, den Bau von Windkraftanlagen zu beantragen, worauf die Prüfung erfolgt, ob in dem konkreten Fall der Bau genehmigungsfähig ist. Ein Ausschussmitglied regt an, dass die Politik eine Regelung über die Anzahl von genehmigungsfähigen Windkraftanlagen treffen soll. Herr

Beste antwortet, dass sich die Möglichkeiten der Eingrenzung der Anlagen lediglich auf bestimmte Bereiche beziehe und nicht auf eine konkrete Gesamtanzahl im Stadtgebiet. Herr Beste weist auf die bauordnungsrechtlichen Abstände hin. Weiter wird gefragt, wie groß der Abstand zur Stadtgrenze sein muss, damit der Bau einer Windkraftanlage zulässig sei. Herr Beste entgegnet, dass es hierfür keine Norm gibt. Der Ausschussvorsitzende Klauke befürchtet, dass genau an der Grenze von Winterberg zu Schmallenberg eine hohe Konzentration von Windkraftanlagen entstehen könne. Daraufhin gibt Herr Beste an, dass es sich bei den vorliegenden Unterlagen der Gemeinde Bestwig lediglich um eine Vorentwurfsfassung handelt und es noch ein weiteres Beteiligungsverfahren geben werde.

Herr Peter Neumann weist auf das Protokoll der Ausschusssitzung des Bezirksausschuss Bödefeld vom 24.09.2014, genauer auf den Beschluss zum Regionalplanentwurf, hin. Trotz einstimmigen Beschlusses sei seitens der Verwaltung nichts unternommen bzw. Antwort darauf gegeben worden. Er bittet um Stellungnahme der Verwaltung.

Die BFS gibt als Rat und Empfehlung an die Verwaltung, dass auf die Ausweisung von Konzentrationsflächen zur Errichtung von Windkraftanlagen komplett verzichtet werden soll. Als weitere Empfehlung sieht die BFS die Abschaffung der Ausweisung von Konzentrationsflächen im Grenzbereich zu Bestwig (im Plan Flächen 7 und 8) vor. Herr Klauke fügt hinzu, dass aufgrund geringer Abstandsflächen besonders Brabecke betroffen wäre. Herr Beste verweist auf die Formulierung im Entwurf der Stellungnahme (Unterpunkt 5.) „Fläche Nr. 8 Valme [...] „dass der Stadt Schmallenberg aus Ihrer eigenen Planung im Bereich „Habichtscheidt“ heraus Erkenntnisse vorliegen, die insbesondere die westlichen Teile der Fläche Nr. 8 „Valme“ in Frage stellen dürfte...“. Hiermit empfiehlt die Stadt Schmallenberg, die besagte Fläche weitestgehend nicht für die Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen in Betracht zu ziehen. Herr Klauke bekundet Unverständnis, dass der Bereich „Valme“ überhaupt als relevante Konzentrationsfläche aufgeführt ist, da ja in der durchgeführten Artenschutzuntersuchung das Vorkommen von Schwarzstörchen im Zentrum dieser Flächen festgestellt wurde. Im Bereich „Valme“ würden die Vögel durch Windkraftanlagen geschreddert. Ein Ausschussmitglied entgegnet, dass die Beantragung der kompletten Herausnahme der Fläche im Bereich „Valme“ so keinen Sinn mache, da man ja direkt im angrenzenden Bereich selbst Konzentrationsflächen ausweise. Außerdem müssten ja schließlich irgendwo Flächen ausgewiesen werden. Das Ausschussmitglied fügt hinzu, dass außerdem in dem Entwurf der Stellungnahme der Stadt Schmallenberg klar auf Gründe hingewiesen wird, die gegen eine Ausweisung von Konzentrationsflächen im betreffenden Bereich sprechen.

Der Bezirksausschuss Bödefeld bekräftigt seine Auffassung zur grundsätzlichen Ablehnung von Windkraftkonzentrationsflächen.

Der Bezirksausschuss Bödefeld nimmt die Ausführungen bei einer Enthaltung einstimmig zur Kenntnis.

TOP 3 Jubiläum „675 Jahre Freiheitsrechte Bödefeld“ im Jahr 2017

Herr Klauke teilt im Hinblick auf das im Jahr 2017 anstehende Jubiläum „675 Jahre Freiheitsrechte Bödefeld“ mit, dass dieses aufgrund der umfangreichen 650-Jahrsfeier in einem kleineren Rahmen begangen werden soll. Als eventuelle Möglichkeiten der Würdigung des anstehenden Jubiläums erwägt Herr Klauke die Durchführung eines Schnadezuges sowie eines Hansetages anstelle der jährlich stattfindenden Veranstaltung „Bödefeld Delikat“. Herr Klauke regt an, zu Planungszwecken ein Gremium aus den Vorsitzenden der örtlichen Vereine, sowie zusätzlich 2-3 Mitgliedern dieses Ausschusses zu bilden. Diesem Vorschlag schließt sich die Versammlung an und Herr Klauke fügt hinzu, dass der Bezirksausschuss Bödefeld kurzfristig 2-3 Mitglieder benennt, die in diesem Gremium mitwirken sollen. Mit Blick auf die nächste Veranstaltung nennt der Ausschussvorsitzende den 04.09.2016. Der vierte September ist das Datum der Heiligsprechung von Mutter Teresa in Rom, erläutert Klauke. Da Bödefeld zu einer der wenigen Städte zähle, an denen Mutter Teresa zu Gast war, sollte

die Jährung der Heiligsprechung zum Anlass genommen werden, die Gedenktafel zum Gedenken an Mutter Teresa herauszustellen. Hierzu legen bereits konkrete Pläne vor, die kostengünstig zu realisieren seien. Um diesem Fest auch den würdigen, kirchlichen Rahmen zu verleihen sind bereits sehr positive Gespräche mit Kolping geführt worden.

TOP 4 Aktuelle Angelegenheiten im Bereich des Bezirksausschusses

TOP 4.1 Ausbesserung der Gewässermauern / Abdeckungen am Palmebachlauf sowie Erneuerung des Metallgeländers Palmebachlauf in der Hunaustraße (Höhe Hausnummer 29 - 34)

Herr Dicke erläutert, dass die genannte Maßnahme Aufgabe der Stadt sei. Die Kosten wurden bereits in Absprache mit dem Hochsauerlandkreis geschätzt, stehen jedoch für dieses Jahr nicht im Haushaltsplan, so Dicke weiter. Herr Albers gibt die Empfehlung, die benötigten Mittel für das Jahr 2017 im Haushaltsplan zu berücksichtigen. Herr Dicke weist darauf hin, dass im Haushaltsplan für das Jahr 2018 bereits Mittel für die Kreuzbergstraße, sowie den Krähenberg eingeplant sind. Des Weiteren seien in diesem Jahr Mittel für das Neubaugebiet „Über den Zäunen“ im Haushaltsplan vorgesehen. Herr Dicke verweist außerdem auf den im Technischen Ausschuss gefassten Beschluss, dass in allen Ortsteilen eine Straßenbereisung mit den jeweiligen Ortsvorstehern oder Bezirksausschussvorsitzenden, sowie eventuell einem Mitarbeiter des Tiefbauamtes erfolgen soll. Der Zustand jeder einzelnen Straße im Stadtgebiet wird so erfasst und bewertet. Anhand dieses Gesamtbildes über die Straßenbewertungen soll dann seitens der Verwaltung ein Konzept (Ranking) erstellt werden, wann welche Maßnahme mit den dafür erforderlichen Mitteln in den Haushaltsplan aufgenommen werden soll. Herr Franz-Josef Klauke moniert, dass die Stadt Schmallenberg die Bürger bei einer Straßensanierung mit Beiträgen in Höhe von 65% an den Gesamtkosten beteilige. Bei vielen Straßen sei kein großer Ausbau erforderlich, eine dünne Schicht (Überzug) würde genügen, damit die Straße weitere 20 Jahre hält. Herr Klauke regt an, beschädigte Straßen frühzeitig zu reparieren. In der Vergangenheit seien Straßen, die durch landwirtschaftlichen Verkehr, besonders durch Güllefässer, stark beschädigt wurden, trotz mehrfacher Mitteilung an die Verwaltung, nicht Instand gesetzt worden. Das der Bürger dann nach 30 Jahren 65% der Kosten für die Straßenerneuerung mittragen soll, sei eine Ungerechtigkeit, so Klauke weiter. Herr Dicke erklärt, dass eine Straße nur dann abgefräst werden kann, wenn sie sich in einem ordnungsgemäßen Zustand befinde. Die betroffenen Straßen in Bödefeld seien jedoch zu alt um wiederholt neue Schichten auf die Straßen aufzutragen. Außerdem seien in Bödefeld in den letzten 30 Jahren keine größeren Straßenbaumaßnahmen, an denen der Bürger an den Kosten beteiligt wurde, durchgeführt worden. Ein Mitglied des Ausschusses fragt, ob es bei einzelnen Straßen eine Belastbarkeitsgrenze gebe, was das Gewicht von Fahrzeugen beträgt. Herr Dicke antwortet, dass es hierzu lediglich Empfehlungen gebe. Herr Albers fügt an, dass der Bürger nicht für Schäden belangt werden solle, die durch dauernden Schwerlastverkehr entstanden sind. Zusätzlich weist der Ausschussvorsitzende Klauke darauf hin, dass alle landwirtschaftlichen Flächen auch anders zu erreichen seien. Herr Schirrey schlägt vor, Straßen für Fahrzeuge ab einem gewissen Gewicht zu sperren. Dieses sei jedoch nicht möglich, entgegnet Herr Dicke. Ein Ausschussmitglied stellt die Frage, ob eine Regenrinne für Straßen in bebauten Bereich zwingend gesetzlich erforderlich ist. In Westernbödefeld beispielsweise sei eine Straße lediglich neu überzogen worden und auf Straßeneinläufe verzichtet worden. Herr Dicke erklärt, dass Maßnahmen wie in Westernbödefeld ausschließlich außerhalb von geschlossenen Ortschaften möglich sei, innerhalb sei grundsätzlich ein großer Straßenausbau, zu dem auch u.a. die Ableitung des Wassers als zu erfüllendes Kriterium zählt, erforderlich.

Herr Klauke merkt an, dass ein Abfräsen der Straße ausreichen würde um den Zustand deutlich zu verbessern. Zudem könnten so Kosten, die dem Bürger zur Last fallen würden

wegfallen bzw. minimiert werden. Daraufhin erläutert Herr Dicke erneut, dass die meisten Straßen aufgrund ihres Zustandes nicht abgefräst werden können. Herr Klauke äußert Unverständnis, seiner Meinung nach dürfe hier nicht der Bürger für einen Schaden belangt werden, den er nicht selbst verursacht hat. Außerdem seien zur Beseitigung von Kyrillschäden viele Millionen geflossen und der Bezirksausschuss wird weiterhin versuchen davon Mittel zur Straßeninstandsetzung zu erlangen. Aus der Versammlung kommt die Anmerkung, dass der Ärger der Bürger vorprogrammiert sei, sollten sie einen Großteil der Straßenreparatur tragen müssen.

Ein Ausschussmitglied merkt an, dass der Prozentsatz, den der Bürger bei Straßenausbaumaßnahmen zu tragen hat, aktuell bei 65 % liege und von der Verwaltung festgelegt wird. Es sei doch möglich, dass die Verwaltung „was regeln“ könne und den Satz in diesem Fall individuell festsetzen, z.B. auf den noch vor ein paar Jahren geltenden Satz von 50 %.

Herr Meyer fügt hinzu, dass die Abstimmung, den Satz auf 65 % zu erhöhen sehr knapp ausgefallen sei. Dazu ergänzt Herr Klauke, dass die Stadt seinerseits den Satz auf 30 % gesenkt hat. Dabei habe es sich um Straßen gehandelt, die überwiegend von Busverkehr betroffen waren. Herr Meyer weist auf die Alternative hin, andere Steuersätze zu erhöhen, um so einen Ausgleich zu schaffen. Aus der Versammlung kommt die Anmerkung, dass der Straßenausbau im Stadtgebiet Schmallenberg immer zu groß ausfallen würde. Daraufhin entgegnet Herr Dicke, dass die Straßenausbauten im Stadtgebiet, wie von der Politik gewünscht, am untersten Standard erfolgen würden, selbst in der erforderlichen Straßenbreite bewege man sich immer im unteren Bereich.

Der Ausschussvorsitzende Klauke bemängelt, dass die generelle Straßenpflege versäumt würde, spätestens nach 10 Jahren müssten Straßen auf Haarrisse kontrolliert werden (siehe Graf-Gottfried-Straße). Durch eine frühzeitige Pflege können hohe Kosten, die bei einem kompletten Straßenausbau anfallen würden, wegfallen oder deutlich reduziert werden.

Aus der Versammlung kommt die Frage, wie viele gelernte Straßenbauer der Bauhof der Stadt Schmallenberg derzeit beschäftige. Diese Frage kann Herr Dicke nicht beantworten. Aus der Versammlung kommt der Vorschlag, Straßen durch Belastbarkeitsgrenzen vor Schäden durch schwere Fahrzeuge zu schützen. Dies sei erforderlich, da die landwirtschaftlichen Maschinen immer größer werden würden. Weiterhin wird auf erschlossene Wirtschaftswege verwiesen, die die Landwirte nutzen können, aber einen kleinen Umweg in Kauf nehmen müssten. Herr Dicke regt an, ein Gespräch mit den betroffenen Landwirten zu führen.

TOP 4.2 Ausbesserung des Kopfsteinpflasters im Alten Burgweg und des schwimmenden Sechskantpflasters vor der Brücke in der Alten Hansestraße (Schäden durch Winterdienst / Schneepflug)

Herr Albers erläutert, dass vor einiger Zeit seitens der Stadtverwaltung eine Beseitigung der entstandenen Schäden „auf kurzem Dienstweg“ in Aussicht gestellt worden sei, aber bis zum heutigen Tag die Straße nicht repariert wurde. Herr Dicke antwortet, dass die Instandsetzung des angesprochenen Bereiches nicht vergessen wurde, aber die Reparatur anderer Straßen im Stadtgebiet notwendiger sei. Hinzu kommt, so Dicke weiter, dass eine „einfache Reparatur“ hier aufgrund des Zustandes der Straße nicht in Frage käme, sondern ein Tiefausbau erforderlich sei. Ein Ausschussmitglied wirft ein, dass man sich in diesem Fall den Tiefausbau der Straße sparen könne, da aufgrund der geringen Breite der Fahrbahn sowieso keine zwei Autos nebeneinander herfahren können. Ein Ausschussmitglied stellt klar, dass es Vorgaben gebe, welche Straßen wie ausgebaut werden müssen. Aus der Versammlung wird dann entgegnet, dass man den Bürgern bereits jetzt informieren solle, dass er anfangen kann zu sparen.

Herr Klauke macht noch einmal deutlich, dass die Reparatur dieser Straße immer im Protokoll vermerkt worden sei, aber die Stadt Schmallenberg nie gehandelt habe. Auch die Straße im Bereich „Scheidt I“ müsse dringend überzogen werden, da sie bereits einige

Haarrisse aufweise, so Klauke weiter. Es müsse seiner Meinung nach umgedacht werden, da Straßen durch häufigere, aber weniger aufwendige Reparaturen eine deutlich längere Nutzungsdauer erreicht werden könne.

TOP 4.3 Schulhof Grundschule Bödefeld

Herr Albers teilt mit, dass bereits vor längerer Zeit durch Herrn Thiele, Mitarbeiter des Gebäudemanagements, eine Reparatur der drei abgesackten Asphaltflächen auf dem Schulhof der Grundschule in Bödefeld, in Aussicht gestellt wurde. Bis heute warte man jedoch vergeblich auf die Ausbesserung der betroffenen Flächen. Herr Dicke stellt in Aussicht, dass diese Maßnahme erfolgen wird, sobald das Wetter „offen“ sei, d.h., dass das Eintreten von Bodenfrost gänzlich ausgeschlossen werden kann. Herr Albers fragt, welche Maßnahmen für Bödefeld im Rahmen der Städtebauförderung für das Jahr 2018 im Allgemeinen geplant seien. Herr Dicke antwortet, dass für 2017/2018 bisher keine Maßnahmen geplant sind.

TOP 4.4 Tageslichteinfall im "Rektorzimmer" der Grundschule

Herr Dicke erläutert, dass bereits Gespräche mit der kommissarischen Schulleitung über die Möglichkeiten der Beschaffung eines neuen Raumes geführt wurden. Als Ergebnis dieser Gespräche kann festgehalten werden, dass das jetzige „Rektorzimmer“ als zusätzlicher Betreuungsraum zur Verfügung gestellt werden soll. Im Anschluss an diese Maßnahme soll dann auch das Dach neu gemacht werden, so Dicke.

TOP 4.5 marode Umrandung der Holzspielgeräte des Schulhofes

Herr Albers teilt den Vorschlag mit, die marode Umrandung der Holzspielgeräte des Schulhofes der Grundschule in Bödefeld durch eine Mauer aus Grauwacke oder anderen, geeigneten und langlebigen Materialien zu ersetzen. Herr Dicke entgegnet, dass wenn das „Projekt Grundschule in Bödefeld“ anstehe, auch der Schulhof komplett in die Planungen mit einbezogen wird. Durch die Vielzahl der Schulen im Stadtgebiet kann Herr Dicke noch keinen genauen Termin für den Beginn der Arbeiten an der Grundschule Bödefeld benennen.

TOP 4.6 Entwicklung der Schülerzahlen durch Flüchtlingskinder

Herr Dicke teilt die in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport vorgestellte Schülerzahlentwicklung mit:

„In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 03.02.2016 wurde unter TOP 4, Vorlage IX/457 die Prognose der Schülerzahlentwicklung der Grundschulen für die Schuljahre bis 2021/22 vorgestellt. Flüchtlingskinder wurden dabei berücksichtigt.“

Anmeldungen Schulanfänger						
Schuljahr	2016/17	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22
GS Bödefeld	29	30	21	28	21	28

Gesamtschülerzahlen	2016/17	2017/18	1018/19	2019/20	2020/21	2021/22
GS Bödefeld	112	105	104	108	100	95

Die Mindestzahl für eine eigenständige Grundschule liegt bei 92. Durch die Aufnahme der Schüler/innen, die früher am Standort Kirchrarbach zur Schule gingen, wurde der Standort Bödefeld als einzügige (d.h. eine Klasse pro Jahrgang) Grundschule stabilisiert. Der aktuelle Jahrgang 3 ist mit Ausnahmegenehmigung der Schulaufsicht zweizügig, damit alle Kinder aus dem Raum Kirchrarbach aufgenommen werden konnten.

TOP 4.7 Antrag der Flüchtlingshelfer (Unterkunft "Übeste Frigget")

Herr Albers erläutert, dass von den Flüchtlingshelfern für die Unterkunft „Übeste Frigget“ ein geeigneter Aufenthaltsraum, eine zweite Küche, ein großer Fahrradunterstand und 2 kleine Gartenhäuser hinter dem Gebäude, sowie eine kleine Spielgelegenheit für die Kinder gefordert wurde, darauf aber keine Reaktion von der Verwaltung erfolgt sei.

Herr Dicke entgegnet, dass die Stadt Schmallingenberg sehr wohl einige Maßnahmen in Bezug auf die Unterkunft „Übeste Frigget“ vollzogen hat. So seien bereits eine zweite Küche installiert und ein Carport, welches als Unterstellmöglichkeit für Fahrräder genutzt werden kann, errichtet worden. Ein Bau von Gartenhäusern sei jedoch nicht vorgesehen, ergänzt Herr Dicke. Der technische Beigeordnete betont, dass sich aktuell die Situation aufgrund der Anzahl an Flüchtlingen durch Umzüge innerhalb des Bundesgebietes (möglich ab Erhalt der Aufenthaltserlaubnis), sowie durch weniger neue Zuweisungen von Flüchtlingen, auch deutlich entspannt habe.

TOP 4.8 Absicherung der Einfahrt hinter der Unterkunft "Übeste Frigget" durch geeignete Maßnahmen, da die Kinder oft auf die Straße rennen / fahren

Herr Dicke teilt mit, dass eine Absicherung der Einfahrt hinter der Unterkunft „Übeste Frigget“ derzeit nicht geplant ist.

TOP 4.9 Brandmeldeanlage der Unterkunft "Übeste Frigget"

Der Ausschussvorsitzende Klauke berichtet von häufigen Fehlalarmen der Brandmeldeanlage in der Unterkunft „Übeste Frigget“, ausgelöst durch z.B. Qualm aus der Küche. Er präferiert eine Ausnahmeregelung, dass die Brandmeldeanlage in der betroffenen Unterkunft abgeschaltet wird. Herr Dicke teilt mit, dass der Hochsauerlandkreis vorsieht, bei Unterkünften in denen mehr als 60 Personen untergebracht sind, eine Brandmeldeanlage zu installieren. Würde man dieser Vorgabe des Hochsauerlandkreises nicht Folge leisten, könnten im Falle eines Brandes möglicherweise Mitarbeiter der Stadtverwaltung zur Verantwortung gezogen werden. Außerdem sei es (seit Installation der Brandmeldeanlage) insgesamt erst zu zwei Alarmen gekommen.

TOP 4.10 Kauf Sporthotel Bödefeld zur Errichtung einer weiteren Flüchtlingsunterkunft

Aus der Versammlung kommt die Frage nach dem Sachstand des Interesses der Stadt Schmallingenberg an einem möglichen Erwerbs des Sporthotels in Bödefeld zur Errichtung einer weiteren Flüchtlingsunterkunft. Herr Dicke antwortet, dass derzeit aufgrund rückläufiger Zahlen von zugewiesenen Flüchtlingen kein Kaufinteresse besteht.

TOP 4.11 Freie Kapazitäten in den Flüchtlingsunterkünften

Ein Ausschussmitglied möchte wissen, wie viele freie Plätze aktuell in den Flüchtlingsunterkünften insgesamt zur Verfügung stehen. Bis zur Vollbelegung stehen derzeit 150 Plätze zur Verfügung, wobei eine Vollbelegung nur schwer umsetzbar ist, so der technische Beigeordnete Dicke.

TOP 4.12 Sanierung der Grundschule Bödefeld, sowie Sanierung weiterer Straßen in Bödefeld

Herr Matthias Albers schlägt vor die Empfehlung auszusprechen, die Sanierung der Grundschule in Bödefeld, sowie die Sanierung einer weiteren Straße in Bödefeld im kommenden Haushaltsplan zu berücksichtigen. Konkret formuliert Herr Albers, dass der Ausbau der Grundschule, sowie des Schulvorplatzes zügig, möglichst noch in 2018, geplant wird, um 2019 mit dem Bau zu beginnen, sowie die Einbringung in den Haushalt von jährlich mindestens einer Bödefelder Straße.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

TOP 5.1 Bebauungsplan "Über den Zäunen"

Herr Dicke teilt mit, dass die parallele 25. FNP-Änderung derzeit der Bezirksregierung Arnsberg zur Genehmigung vorliegt. Die Prüfungsfrist läuft noch bis zum 25.05.2016. Sofern es bis dahin keine Beanstandungen gibt bzw. die Genehmigung vorliegt, kann der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes öffentlich bekannt gemacht werden, womit dieser Rechtskraft erlangt. Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzenden Klauke, ob eine Umlegung im Bereich „Über den Zäunen“ angeregt wird, entgegnet Herr Dicke, dass eine Umlegung nicht erforderlich sei.

TOP 6 Verschiedenes

TOP 6.1 Baumfällarbeiten Bolzplatz Bödefeld

Herr Albers bemängelt, dass nach Absprache mit dem Bauhof und Stadtförster Herrn Hunker am Bödefelder Bolzplatz Baumfällarbeiten durchgeführt wurden, das entstandene Geäst allerdings nicht wie zugesagt beseitigt wurde.